

BERTCHEN KOHRS

ALLEIN AUF WEITER FLUR

PROFITGIER, ZWÄNGE UND UNWISSENHEIT ERSCHWEREN DEN KAMPF GEGEN URANABBAU IN NAMIBIA

Die Rolle Namibias auf der nuklearen Landkarte wird unterschätzt, weil die Gefahren und Schäden des Uranabbaus sowohl global als auch lokal kaum diskutiert werden. Wo die Regierung Investoren willkommen heißt, bleiben eine kontaminierte Umwelt und kranke Minenarbeiter*innen zurück. Vom Geschäft mit dem Ausgangsmaterial für Atomkraft und -waffen profitiert nur eine kleine Elite. Die Zivilgesellschaft weiß über die fatalen Auswirkungen des Uranabbaus kaum Bescheid und sieht keinen Anlass zum Protest. Einzig die Umweltorganisation Earthlife Namibia fordert die Regierung auf, das Uran in der Erde zu lassen.

Die nukleare Kette ist lang, viele ihrer Glieder sind Gegenstand von Diskussionen: der Bau neuer Atomkraftwerke (AKW), der Ausstieg aus der Atomenergie, die Verlängerung von Laufzeiten bestehender AKWs. Auch der Transport von nuklearem Material, das ungelöste Problem der Lagerung von Atommüll sowie die Angst vor Atomwaffen und die unabsehbaren Folgen nuklearer Unfälle sind immer wieder Thema. Was bei allen Debatten jedoch zu kurz kommt, ist der Blick auf den Abbau des Ausgangsmaterials Uran. Dabei birgt dieser ebenso viele Risiken und Gefahren.

GOLDGRÄBERSTIMMUNG IN NAMIBIA

Namibia verfügt über große Uranreserven und ist deshalb für viele Investoren hochinteressant. Als ab dem Jahr 2004 der bis dahin relativ stabile Preis für Uran anstieg und Mitte 2007 plötzlich einen astronomischen Höhepunkt von 139 US-Dollar pro englisches Pfund Uranoxid (US\$/lbs U₃O₈) erreichte, wurde Namibia von unzähligen internationalen Mininggesellschaften heimgesucht. Obwohl der Urangehalt im namibischen Erz im Vergleich zu Vorkommen in anderen Ländern sehr gering ist, standen die Firmen Schlange, um in den Abbau einzusteigen. Die Attraktivität Namibias fasste John Borshoff, Manager der australischen Bergbaufirma Paladin Energy, treffend zusammen: «Die Kanadier und die Australier übertreiben mit ihren ökologischen und sozialen Bedenken zum Uranabbau. Die Zukunft des Urans liegt in Afrika.»¹

Die politische Stabilität im Land, eine gute Infrastruktur, hohe Arbeitslosigkeit und Unwissenheit der Arbeiter*innen über die Gefahren für ihre Gesundheit sind weitere Vorteile für Investoren. 2005 wurde zwar der «Atomic Energy and Radiation Protection Act» zur Einrichtung einer nationalen Strahlenschutzbehörde verabschiedet, doch war schon da-

mals klar, dass es weder genügend qualifiziertes Personal noch die technischen Möglichkeiten gibt, dieses Gesetz auch umzusetzen. Seit 2005 hat das namibische Ministerium für Bergbau und Energie 66 Explorationslizenzen erteilt, neue Uranminen wurden projektiert. Das Urangeschäft geriet außer Kontrolle. Namibia war auf diesen Ansturm nicht vorbereitet, zumal es zu der Zeit noch keine gesetzlichen Regelungen für die nukleare Industrie gab. 2007 sah sich die Regierung daher gezwungen, ein Moratorium für neue Explorationslizenzen zu verhängen. In den Jahren 2011 und 2012 wurde im Auftrag des Bergbauministeriums die Studie «Strategic Environmental Assessment for the Central Namib Uranium Rush» (kurz SEA) erstellt. In ihr wurden die damalige Lage der namibischen Uranindustrie dargelegt und unterschiedliche Zukunftsszenarien mit dem Ziel untersucht, einen Einblick in die chaotische Situation zu erhalten und informiert über die zukünftige Vergabe von Explorations- und Abbaulizenzen zu entscheiden. Das Moratorium wurde nach zehn Jahren im Jahr 2017 wieder aufgehoben. Um die Aktivitäten der Bergbaufirmen zu kontrollieren, wurde der Strategische Umwelt-Management-Plan (SEMP) erarbeitet. Ein Gremium, das im Geologischen Institut des Ministeriums für Bergbau und Energie angesiedelt ist, überwacht die Umsetzung des SEMP. Laut jährlichem Bericht, der im Internet einsehbar ist, arbeiten die Firmen ganz im Sinne von SEMP, eine Aussage, die für Personen ohne Zugang zu den Minenaktivitäten schwer zu beurteilen ist.

Inzwischen hatte sich das globale Urangeschäft verändert. Nach dem Tsunami in Japan 2011 mit dem folgenschweren Störfall im Atomkraftwerk Fukushima Daiichi fiel der Preis für Uran drastisch. Ein Anreiz für neue Uranprojekte besteht zurzeit nicht. Um lukrativ arbeiten zu können, muss das na-

mibische Uran einen Preis von 60 bis 70 US\$/lbs U_3O_8 erzielen. Seit Jahren bewegt sich der Spotpreis allerdings nur zwischen 20 und 30 US\$/lbs U_3O_8 . Ungeachtet dessen hat die chinesische staatseigene Firma China Guangdong Nuclear Power Group die Husab-Uranmine aufgebaut und in Betrieb genommen, nachdem sie 2011 die Minenlizenz² erhalten hatte. Das Uran wird direkt nach China exportiert und dort für die Nutzung in AKWs angereichert, der Preis spielt für die chinesische Regierung eine untergeordnete Rolle.

WIE LUKRATIV IST DAS URANGESCHÄFT FÜR NAMIBIA?

Der Bergbau ist neben dem Tourismus die wichtigste Einnahmequelle für Namibia. Die Körperschaftssteuer für Uranminen beträgt 37,5 Prozent und die Lizenzgebühren, die sogenannten Royalties, liegen bei drei Prozent. Steuereinnahmen durch den Bergbau sind für die Regierung ein entscheidender Anreiz, internationalen Gesellschaften das Schürfrecht zu erteilen. Der Leitartikel «Mines on tax honeymoon», erschienen am 26. April 2019 in *The Namibian*, der meistgelesenen Tageszeitung in Namibia, ließ aufhorchen und stellte die vermeintlich hohen Steuereinnahmen infrage. Darin heißt es zum Beispiel, dass mehr als 30 Bergbaugesellschaften von 2012 bis 2017 insgesamt 85 Milliarden Namibische Dollar (N\$) verdient haben, in demselben Zeitraum aber nur eine Milliarde an Körperschaftssteuer entrichtet wurde. Manche Firmen behaupten, nicht profitabel genug zu arbeiten, um Steuern zahlen zu können. Nahas Angula, namibischer Premierminister von 2005 bis 2012, erklärte in einem Interview mit *The Namibian*, dass die Regierung weder die Kapazität noch die Expertise habe, um zu prüfen, ob die Angaben der Minengesellschaften korrekt sind. Der Geschäftsführer der Bergbaukammer, Veston Malango, betonte in demselben Artikel in *The Namibian*, dass der Bergbau enorme Investitionen erfordere und Gesellschaften dazu zwingt, mit großen Verlusten zu arbeiten. Was er verschwieg: Die enormen Investitionen für Explorationsarbeiten sind steuerlich absetzbar, Inventar wird über einen Zeitraum von drei Jahren abgeschrieben.

Vier Uranminen gibt es zurzeit in Namibia, zwei davon sind wegen des niedrigen Uranpreises bis auf Weiteres stillgelegt und werden lediglich instand gehalten.

Bereits im Jahr 1928 wurde Uran im damaligen South West Africa in der Namib-Wüste entdeckt, etwa 60 Kilometer von der Küstenstadt Swakopmund entfernt. Doch erst 1966 interessierte sich Rio Tinto, ein englisch-australischer Bergbauunternehmen, für das namibische Uran. So entstand 1976 mit der Rössing-Uranmine die erste ihrer Art in Namibia. Um Profit zu garantieren, unterzeichnete die United Kingdom Atomic Energy Authority (UKAEA) einen Vertrag mit Rio Tinto, womit die Abnahme von Uran langfristig besiegelt war. Der Namibia-Rat der Vereinten Nationen, beauftragt durch die Generalversammlung, erließ 1974 ein Dekret, wonach keine natürlichen Ressourcen und Produkte das Land «Südwestafrika» verlassen durften. Rio Tinto ignorierte dieses Dekret und verletzte damit internationales Recht. Anfang der 1980er Jahre importierten Japan, Frankreich, Taiwan, Großbritannien und die Bundesrepublik Deutschland in der Rössing-Mine gefördertes Uran – auch diese Länder handelten rechtswidrig.³ 1990 erlangte Namibia die Unabhängigkeit von Südafrika und wird seitdem von der South West Africa People's Organisation (SWAPO) regiert. Während des langen Unabhängigkeitskampfes verurteilte die SWAPO den Uranhandel

von Rio Tinto. Nach 1990 genoss Rio Tinto dagegen volle Rückendeckung von der Regierung, die die Uranmine als tragende Säule der namibischen Wirtschaft bezeichnete.

Rio Tinto ist mit 69 Prozent Hauptaktionär der Rössing-Mine. 15 Prozent der Anteile hält die iranische Foreign Investment Company,⁴ jeweils drei Prozent die namibische Regierung und private Aktionär*innen. Zehn Prozent sind in Händen der Development Corporation of South Africa. Im November 2018 wurde bekannt, dass Rio Tinto aus dem Urangeschäft aussteigen und seine Anteile verkaufen möchte. Die China National Uranium Corporation (CNUC) galt als Interessent. Der Handel war abhängig von der Erlaubnis der namibischen Wettbewerbskommission, die nach langen Beratungen im Juni 2019 erteilt wurde. Sie gibt eine Reihe von Bedingungen vor, um die Beschäftigung namibischer Arbeiter*innen, die Beschaffung lokaler Güter und die Aufrechterhaltung der derzeit gewährten Leistungen in Form von Steuern und Lizenzgebühren zu sichern. Der Deal hatte zur Folge, dass Namibias Urangeschäft nun zu 90 Prozent von chinesischen Firmen kontrolliert wird. Andererseits drohte Rio Tinto mit der Schließung der Mine, sollte der Verkauf scheitern. 1.000 Arbeiter*innen hätten ihren Job verloren – bei einer Arbeitslosigkeit von 34 Prozent war das ein starkes Druckmittel gegen die namibische Regierung. Die namibischen Behörden müssen sicherstellen, dass die neuen Eigentümer der Uranminen ihre Geschäfte so regeln, dass der tatsächliche Eigentümer des Urans, nämlich das Volk von Namibia, seinen gerechten Anteil an den wirtschaftlichen Vorteilen erhält, und ihn nicht freiwillig an China vergeben.

Die iranischen Anteile der Rössing-Mine sind nach wie vor ein ungelöstes Problem. Wegen der von den Vereinten Nationen verhängten Sanktionen gegen den Iran darf keinerlei Handel mit nuklearem Material mit dem Iran betrieben werden. Laut Medienberichten ist die Dividende bei der Bank of Namibia eingefroren.

Der Tagebau Husab im geschützten Namib-Naukluft-Park ist die andere intakte Uranmine in Namibia und laut Management die zweitgrößte weltweit. Sie ist zu 90 Prozent im Besitz der China Guangdong Nuclear Power Group, wird von Swakop Uranium betrieben und nahm 2015 die Arbeit auf. Die restlichen zehn Prozent der Anteile hat sich die staatliche Bergbaufirma Epangelo gesichert. Epangelo wurde im April 2011 von der namibischen Regierung gegründet, um das Land am Profit der Bergbauindustrie zu beteiligen. Zuvor hatte die Staatsführung Uran, Kupfer, Diamanten und Seltene Erden als strategische Minerale deklariert. Der Schritt sorgte für Unbehagen bei Investoren. Erst als bekannt wurde, dass Epangelo mittellos war und sich das Geld für die Aktien bei Swakop Uranium leihen musste, glätteten sich die Wogen.

Die Langer-Heinrich-Uranmine, seit 2007 betrieben von der australischen Bergbaufirma Paladin Energy und Ende 2018 bis auf Weiteres eingemottet, hat von Anfang an für schlechte Schlagzeilen gesorgt. Die von der Betreiberin erstellte Umweltverträglichkeitsstudie wurde auf Anfrage der namibischen Nichtregierungsorganisation Earthlife Namibia von dem Öko-Institut in Deutschland geprüft und wegen des desaströsen Ergebnisses stark kritisiert. Das Öko-Institut deckte viele gravierende Fehler auf und kommentierte abschließend, dass unter diesen Umständen keine Lizenz hätte erteilt werden dürfen. Doch das Ministerium für Bergbau und Energie hatte Paladin Energy die Lizenz schon zugesichert, einen Tag bevor die Umweltverträglichkeitsstudie publik gemacht wurde.

Im Juli 2017 ließ eine Pressemeldung aufhorchen, wonach die Deutsche Bank Anteile von Paladin Energy erwerben wolle. Paladin Energy hatte sich mit dem Londoner Zweig der Deutschen Bank AG auf die Finanzierung der Langer-Heinrich-Mine, die Refinanzierung des Nedbank-Revolving-Kredits und das nötige Kapital für Paladin geeinigt. Laut Medienbericht erwarb die Deutsche Bank den Nedbank-Revolving-Kredit und stockte ihn von 20 auf 60 Millionen US-Dollar auf.⁵ Im Jahresbericht von Paladin Energy für 2017 wird die Vereinbarung mit der Deutschen Bank bestätigt.⁶ Paladin Energy erarbeitet zurzeit eine Machbarkeitsstudie, um die Langer-Heinrich-Mine wieder in Betrieb zu nehmen, wobei die Produktionskosten gesenkt werden sollen – was gewöhnlich auf Kosten der Umwelt, der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes für die Arbeiter*innen geschieht.

Die vierte Mine in Namibia ist die Trekkopje-Uranmine. Sie wurde 2007 von der kanadischen Bergbaufirma UraMin, die die Umweltverträglichkeitsstudie in Auftrag gab, an den französischen Atomkonzern Areva (heute Orano) verkauft. Dieser Handel wurde an der Börse von Toronto abgewickelt und stellte einen großen Verlust für die namibische Steuerbehörde dar. Etliche Berichte konstatieren, dass Namibias derzeitiger Präsident, Hage Geingob, vom Verkauf persönlich profitiert hat. Geingob selbst leugnet dies energisch und erklärt, in seiner damaligen Position als Minister für Handel und Industrie beratend für UraMin tätig gewesen zu sein. Für die Erneuerung der Minenlizenz habe er ganz legal den Betrag von 300.000 US-Dollar erhalten. Die Entscheidung des Ministers, dem Trekkopje-Projekt den Status einer Freihandelszone (Export Processing Zone, EPZ) zu geben, hat für Unmut in der Minenindustrie gesorgt. Denn diese Bevorzugung garantiert massive Steuerfreiheit. Als Areva die Mine 2013 stilllegte, waren dort gerade einmal 437 Tonnen Uran produziert worden. Laut Manager Hilfa Mbako ist eine Wiederinbetriebnahme nicht geplant. Die Absichten von Areva und die Handhabung durch Namibias Obrigkeit waren von Anfang an geheimnisumwoben.

Weitere Uranminen sind in Planung, die Bergwerksgesellschaften stehen in den Startlöchern und warten darauf, dass sich der Uranpreis erholt. Indigene Völker wie die Topnaars, die im Namib-Naukluft-Nationalpark ansässig sind, befürchten, von ihrem Land vertrieben zu werden. Vor Jahren wurden Explorationsarbeiten in unmittelbarer Nähe ihrer Siedlungen unternommen. Sie sind niemals konsultiert oder informiert worden. Sie wissen nichts über die Auswirkungen des Uranabbaus. Sie bekommen keine Unterstützung, um ihr Recht auf Land und Wasserversorgung einzufordern.

SCHÄDEN FÜR DIE UMWELT, GEFAHREN FÜR ARBEITER*INNEN

Das Uran liegt in Namibia relativ nah unter der Oberfläche und wird im Tagebau gewonnen. Die gewaltige Menge von etwa 14 Millionen Tonnen Erdreich muss bewegt und später entsorgt werden, um eine Tonne Uran zu erhalten. Dadurch werden der Landschaft riesige Wunden zugefügt, die nach Stilllegung der Minen aus Kostengründen nicht geheilt werden. Rio Tinto plante lediglich, in der Rössing-Mine ein Museum in dem dann etwa 800 Meter tiefen Loch einzurichten. Die Vorstellung ist nicht frei von Ironie, dass die Besucher*innen gegen Eintrittsgeld bestrahlt werden. Es bleibt abzuwarten, wie die chinesische Firma mit den gewaltigen Wunden in der Landschaft umgehen wird.

Durch den Prozess der Urangewinnung entstehen große Mengen radioaktiver Rückstände, die in sogenannten Tailings gelagert werden. Tailings bergen in sich die größte Gefahr im gesamten Uranabbau. Sie enthalten Chemikalien und Uranreste, die im Extrahierungsprozess nicht ausgewaschen werden, sowie die vielen radioaktiven Spaltprodukte, die beim Zerfall des Isotops Uran kontinuierlich entstehen. Etwa 80 Prozent der Radioaktivität des ursprünglichen Uranerzes sind noch in den Tailings vorhanden. In der Langer-Heinrich-Mine liefen Tailings nach heftigen Regenfällen über. Laut Minenmanagement bestand keinerlei Gefahr für Mensch und Umwelt. Es gab allerdings keine unabhängige Untersuchung, die diese Aussage hätte bestätigen können. Im März 2017, noch bevor die Husab-Mine ihre volle Produktion aufgenommen hatte, ist durch den Ausfall von Pumpen der Tailings-Damm übergelaufen und hat radioaktiven, giftigen Schlamm in der Umgebung verteilt. Erst durch die Aktivitäten der lokalen Nichtregierungsorganisation Earthlife Namibia und eines wachsamem Journalisten ist der Vorfall an die Öffentlichkeit gekommen. Das Management gab nur sehr vage Auskünfte, die tatsächlichen Ausmaße der Kontamination sind trotz wiederholter Nachfragen nie öffentlich bekannt gemacht worden. Ebenfalls herrscht Unklarheit über die sachgemäße Sanierung der verseuchten Flächen.

Die Ergebnisse radiologischer Untersuchungen in der näheren Umgebung der Rössing-Mine, die im September und Oktober 2011 im Auftrag von Earthlife von der Commission de Recherche et d'Information Indépendantes sur la Radioactivité durchgeführt wurden, waren besorgniserregend. Hier seien nur die auffälligsten genannt: Die Abraumhalden für Erz liegen in unmittelbarer Nähe des Flusses Khan; sie waren zur Zeit der Probennahme weder eingezäunt noch in irgendeiner Weise als gefährlich gekennzeichnet – Tourist*innen und die lokale Bevölkerung haben uneingeschränkt Zutritt. Die Strahlung, die dort gemessen wurde, war stark erhöht. Messungen des Grundwassers ergaben erhöhte Werte von Uran und Radon 222. Das Grundwasser einer nahe gelegenen Farm war ebenfalls kontaminiert.

Der Abbau von Uran verursacht nicht nur Schäden an der Umwelt, die Gesundheit der Arbeiter*innen und Anwohner*innen ist zudem hochgradig gefährdet. Eine Vielzahl von Erkrankungen ist auf die radioaktive Strahlung zurückzuführen. In manchen Fällen genügt eine sehr geringe Dosis ionisierender Strahlung, ein sogenannter Hit, um Lungenkrebs oder andere Krankheiten zu induzieren. Der menschliche Körper nimmt Uran und Radium als Calcium wahr und lagert es in Knochen, Zähnen und Organen ein, während Thorium wie Eisen im Blut und somit im gesamten Körper aufgenommen wird.

Die Arbeits- und Sicherheitsbedingungen sind in den verschiedenen Minen sehr unterschiedlich. Die Klagen der Arbeiter*innen in der momentan geschlossenen Langer-Heinrich-Mine über schlechte Arbeitsbedingungen und Bezahlung verstummten nicht, sodass schließlich Premierministerin Saraa Kuugongelwa-Amadhila eine Untersuchung der Zustände verlangte. Als Ergebnis der Studie wurde Paladin Energy ermahnt, die Arbeitsbedingungen zu verbessern und schwangere Frauen in strahlungsfreie Abteilungen zu versetzen. Die Manager der Langer-Heinrich-Mine wiesen alle Anschuldigungen von sich; die namibische Regierung will Investoren nicht verärgern und verhält sich lieber still. Über Arbeitsbedingungen und Sicherheitsmaßnahmen bei Husab gibt es keine direkten Auskünfte, alle Anfragen wer-

den ignoriert, von Transparenz keine Spur. Hin und wieder gibt es Berichte in den Medien über die Unzufriedenheit der Arbeiter*innen. Nach zweijährigen Verhandlungen hat die Gewerkschaft Mine Workers Union of Namibia (MUN) endlich höhere Löhne sowie die Aufnahme der Beschäftigten in die Kranken- und Pensionskassen erwirken können. Für Aufregung sorgte eine Pressemeldung im März 2019, als der Minenbetrieb von der Regierung gestoppt wurde, nachdem die Arbeiter*innen Bedenken über ihre Sicherheit am Arbeitsplatz angemeldet hatten. Sie hatten an verschiedenen Stellen Sprengstoff gefunden und dem chinesischen Sprengungsunternehmen grobe Fahrlässigkeit vorgeworfen. Daraufhin wurde eine andere Firma für die Sprengungen angeworben; nach einigen Wochen konnte der Betrieb wieder aufgenommen werden.

Zwar ist Rössing bekannt für die Einhaltung strikter Sicherheitsvorschriften, dennoch beschwerten sich Arbeiter*innen, dass sie bei Arbeitsantritt nicht über die Gefahren und Folgen von Staub sowie Strahlung aufgeklärt würden und keine Einsicht in ihre eigenen medizinischen Akten haben. Sie wissen nicht, wie es um ihre Gesundheit steht.

UMWELTSCHUTZ HAT KEINE PRIORITÄT

Die Aussagen vieler Arbeiter*innen in den Uranminen sind gleichlautend: Bei einer nationalen Arbeitslosigkeit von über 34 Prozent sehen sie keine andere Möglichkeit, ihre Familie zu ernähren, als in der Mine zu arbeiten und den hohen Preis einer schlechten Gesundheit und eines frühen Todes zu bezahlen. Einige Arbeiter*innen, die sich der Gefahr bewusst sind, sagen, dass sie die Arbeit nach einigen Jahren aufgeben wollen. Hiesige Arbeiter*innen verfügen jedoch nicht über die nötigen Mittel, um ihr Recht auf Entschädigung einzuklagen. In vielen Fällen wird der Zusammenhang zwischen Strahlung und Krankheit nicht erkannt, weil die Arbeiter*innen nicht über die Gefahr aufgeklärt sind und das medizinische Personal von den Bergbauunternehmen bezahlt wird. Earthlife Namibia hofft, eines Tages mit Forderungen nach Entschädigung für die Arbeiter*innen erfolgreich zu sein.

Namibia verfügt über einen großen Ressourcenreichtum und hat entsprechend viele Minenbetriebe, mehr oder weniger im ganzen Land verteilt. Während der Apartheid war ein Widerstand gegen den Raubbau unmöglich, falls der Raubbau überhaupt als solcher wahrgenommen wurde. Diese erzwungene Passivität ist nach der Unabhängigkeit nicht gewichen. Als ein Erbe der Apartheid herrscht immer noch eine Kultur der Angst davor, die Regierung und andere Instanzen öffentlich zu kritisieren.

In manchen Bereichen kann man allerdings eine vorsichtig zunehmende Protestbereitschaft wahrnehmen. Proteste richten sich besonders gegen Kriminalität und Gewalt gegen Frauen und Kinder. Umweltschutz ist dagegen immer noch ein unterbelichtetes Thema. Eine verschwindend kleine Gruppe Menschen macht sich gegen den Abbau von Uran stark. Bisher bemüht sich nur Earthlife Namibia um Aufklärung und Information auf diesem Gebiet. Nach vielen Jahren unermüdlicher Arbeit genießt sie endlich eine gewisse Anerkennung vonseiten einiger Ministerien und weniger Minenmanager.

Dennoch: Es ist fraglich, ob die zuständigen Behörden Kenntnis von den Risiken des Uranabbaus haben oder haben wollen. Die Schaffung von Arbeitsplätzen ist logischerweise ein prominentes Thema und muss als Argument für jede Art von Entwicklung und Investition herhalten, wobei die mög-

lichen Folgen entweder nicht einkalkuliert oder gar nicht vorausgesehen werden. Der Schutz der Umwelt hat noch immer keine Priorität. Wo es Bodenschätze gibt, die zum Wohl der Wirtschaft ausgebeutet werden können, wird die Umwelt geopfert. Dieses Prinzip herrscht in den meisten afrikanischen Ländern vor und ist einer der Gründe, warum Afrika ein beliebtes Ziel für fragliche Investitionen ist.

Earthlife Namibia steht auf dem Standpunkt, dass der Uranabbau eingestellt werden muss, um Umwelt und Menschen zu schützen. Bestehende Pläne für die Kernenergieerzeugung in Namibia müssen ad acta gelegt werden. Stattdessen kann Namibia mit den vorteilhaften Ressourcen Sonne, Wind, Wasser und Biomasse zu einem führenden Beispiel für erneuerbare Energien auf dem afrikanischen Kontinent werden. Earthlife Namibia hat diese Forderung mehrfach an die Regierung gestellt, bisher jedoch keine Antwort erhalten. Es ist zu hoffen, dass sich das noch ändert.

Bertchen Kohrs ist eine Anti-Atom-Aktivistin aus Namibia.

Sie ist Mitbegründerin und Vorsitzende der Umweltorganisation Earthlife Namibia

1 Australian uranium in Africa – our responsibility?, Mineral Policy Institute, 20.11.2015, unter: www.mpi.org.au/2015/11/australian-uranium-in-africa-our-responsibility/. 2 Das 2007 verhängte Moratorium galt nur für Explorationslizenzen, Minenlizenzen konnten weiter bewilligt werden. 3 Akafrik: Strahlende Geschäfte. Der Tanz auf dem Weltraummarkt, Münster 1988, S. 17. 4 Der Schah von Persien hatte sich an der Finanzierung der Rössing-Uranmine von Anfang an mit 15 Prozent beteiligt, um die sichere Versorgung mit Uran für das iranische Atomenergieprogramm zu garantieren; ebd., S. 11. 5 Paladin Energy outlines new financing facility for Langer Heinrich Mine, Proactiveinvestors, 24.7.2017, unter: www.proactiveinvestors.com.au/companies/news/181303/paladin-energy-outlines-new-financing-facility-for-langer-heinrich-mine-181303.html. 6 Paladin Energy LTD: Annual Report 2017, S. 37, unter: www.annualreports.com/HostedData/AnnualReports/PDF/ASX_PDN_2017.pdf.

IMPRESSUM

STANDPUNKTE 7/2019 erscheint online und wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung
V.i.S.d.P.: Ulrike Hempel

Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · www.rosalux.de
ISSN 1867-3171

Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin

Redaktionsschluss: August 2019

Satz/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation